

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (15. Jahrgang, Nr.06, Juni 2021)

besuchen Sie uns auch im Internet unter www.dags-konvent.de

Jeder, der eine Oma hat, hält sich für einen Rentenexperten.

*Herbert Rische, ehemaliger Präsident der Bundes-
Versicherungsanstalt für Angestellte, geb. 1937*

Die Gesellschaft umbauen

In Zeiten von niedrigen Zinsen in die Infrastruktur investieren

von Heike Langenberg

Die Corona-Krise zeigt, dass sich der Sozialstaat auch in der Pandemie bewährt hat. Die sozialen Sicherungssysteme haben dazu beigetragen, die Existenznöte vieler zu mindern. Die Daseinsvorsorge hat eine Grundversorgung sichergestellt. Aber die Krise hat auch die Defizite aufgezeigt. Das Gesundheitssystem ist in den vergangenen Jahrzehnten auf Profit getrimmt worden. Allein bei den öffentlichen Krankenhäusern ist der Investitionsstau auf 30 Millionen Euro angewachsen.

Mehr Personal für den öffentlichen Dienst

Doch die Liste ist noch länger. Städte und Gemeinden haben einen Investitionsstau von 147 Milliarden Euro, in Kitas, Schulen und Universitäten müssen künftig bis zu 45 Milliarden Euro jährlich investiert werden. Zudem entstehen noch Kosten durch eine ökonomisch vernünftige und sozial verträgliche Verkehrs-, Energie- und Agrarwende sowie durch die Folgen der Digitalisierung. Die Corona-Pandemie hat auch den großen Personalbedarf im öffentlichen Dienst deutlich gemacht.

„Der notwendige sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft darf nicht an leeren öffentlichen Kassen scheitern“, fordert Hirschel von ver.di. Die Antikrisenpolitik habe zwar den Schuldenberg wachsen lassen, aber in Zeiten niedriger Zinsen könne man gut mit Schulden leben, Mit ihnen könne man auch die notwendigen öffentlichen Investitionen bezahlen.

Für die höheren Personal- und Sozialausgaben schlägt er hingegen höhere Steuern vor. „Der öffentlichen Armut steht ein gigantischer privater Reichtum gegenüber“, sagt Hirschel und verweist auf 123 Milliardär*innen in Deutschland und 1,2 Millionen Millionär*innen. Deren Nettovermögen beziffert er mit 13 Billionen Euro, einer Zahl mit ¹² Nullen.

Um Top-Verdienende, Vermögende, Großerb*innen und finanzstarke Unternehmen stärker in die Pflicht zu nehmen, schlägt er einen höheren Spitzensteuersatz, eine höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine stärkere Besteuerung von Erbschaften, eine höhere Unternehmensbesteuerung und eine europäische Finanztransaktionssteuer vor. Der Umgang mit der Staatsverschuldung und die zukünftige Steuerpolitik werden daher aus seiner Sicht zentrale Themen für die Bundestagswahl im Herbst sein. Daher sind sie auch ein zentraler Baustein der ver.di-Forderungen an die Parteien, die zur Wahl stehen.

Der internationale Währungsfonds hat jüngst vorgeschlagen, Gewinner*innen der Corona-Krise und Reiche mit einer Abgabe an der Bewältigung der Krisenkosten zu beteiligen. Doch diese Art von Sondersteuer soll nur zeitlich befristet erhoben werden.

Steuerkonzept des DGB

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, haben jüngst hingegen ein Steuerkonzept vorgelegt, das für eine gerechtere Steuerpolitik sorgen soll. Gut 95 Prozent aller Haushalte werden damit entlastet, wer über ein großes Vermögen, Erbschaften oder Kapitaleinkünfte verfügt, soll künftig mehr zum Gemeinwesen beitragen. Um die Einnahmen der Kommunen zu verbessern, sollen die Gewerbesteuer weiterentwickelt und mittelfristig Körperschaften höher besteuert werden.

Wurde das Steuerkonzept des DGB umgesetzt, hätte der Staat Mehreinnahmen von: 60 Milliarden Euro pro Jahr. Dabei brächte allein die Wiedererhebung der Vermögenssteuer pro Jahr zusätzliche Steuereinnahmen von 28 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen.

aus: ver.di-Publik 3-2021

Digital zum Arzt

Umfrage: Bereitschaft zur Videosprechstunde ist gestiegen

In Deutschland wächst die Zahl der Patienten, die sich in einer Video-Sprechstunde mit ihrem Arzt beraten würden. Laut einer repräsentativen Allens-

bach-Umfrage im Auftrag des Medizintechnikkonzerns Fresenius zeigten sich Ende vergangenen Jahres 46 Prozent der Befragten dafür offen, während es vier Jahre zuvor erst 22 Prozent gewesen waren. Im gleichen Zeitraum ging der Anteil derer, die Videosprechstunden mit ihrem behandelnden Arzt ausschließen, von 70 auf 41 Prozent zurück. Eigene Erfahrungen mit Videosprechstunden haben aber erst zwei Prozent der Befragten in Deutschland gemacht, im Gegensatz zu 22 Prozent in den USA und 6 Prozent in Spanien. Ohnehin scheint Deutschland in dem Drei-Länder-Vergleich bei der Digitalisierung des Gesundheitsbereichs hinterher zu hinken. So berichteten nur 15 Prozent der deutschen Patienten, dass man bei ihrem Hausarzt auch online Termine vereinbaren könne, was in Spanien und den USA schon bei 55 Prozent der Befragten möglich ist und auch deutlich stärker genutzt wird.

Dabei sind die positiven Erwartungen an die Digitalisierung des Gesundheitswesens erheblich, die nach Auffassung einer Mehrheit durch die Corona-Krise stark beschleunigt worden ist. Gerade jüngere Menschen hoffen unter anderem auf die unmittelbare Verfügbarkeit ihrer Patientendaten in digitalen Krankenakten, auf digitale Hilfestellungen bei der Therapie oder mehr telemedizinische Angebote. Etwas skeptischer als die Spanier sind die Deutschen beim Potenzial großangelegter Datenabgleiche, um Diagnose und Therapie zu verbessern, hier erwartet aber auch eine Mehrheit von 63 Prozent Verbesserungen im Gegensatz zu 72 Prozent in Spanien. Fresenius-Chef Stephan Sturm begrüßte die Ergebnisse, der Erfolg digitaler Anwendungen hänge von ihrer Akzeptanz ab. Der Fresenius-Konzern, der unter anderem die Krankenhauskette Helios betreibt, sieht digitale medizinische Angebote als wesentliches Wachstumsfeld und Strategiebestandteil für die nächsten Jahre,

aus: Lübecker Nachrichten vom 22.05.2021

Bäume für Pazarić

Unter diesem Motto hat die Brüder- und Schwesternschaft des Rauhen Hauses aufgrund einer Initiative des Bruders Bernd Klinkenstein nach dem Balkankrieg in den Jahren 1999 bis 2004 ein Hilfsprojekt für die Behinderteneinrichtung Pazarić bei Sarajevo in Bosnien-Herzegowina durchgeführt. Nach dem plötzlichen Tod von Bruder Bernd Klinkenstein haben die Brüder Günter Grosse und Klaus-Rainer Martin dieses Projekt für die Brüder- und Schwesternschaft ab April 2001 weitergeführt. Da sich dieser Termin im April 2021 zum zwanzigsten Mal jährte, haben beide in einem Bericht zusammengetragen, was sich in dieser Zeit ereignet hat. Dieser Bericht wurde allen Mitgliedern der Brüder- und Schwesternschaft kostenlos als PDF-Datei und auf unserer Homepage zur Verfügung gestellt. Er kann aber auch als eBook unter der ISBN: 978-3-7487-7901-8 zum Preis von 0,99 € erworben und auf den eBook-Reader heruntergeladen werden

oder als Buch unter ISBN: 978-3-754105-53-5 zum Preis von 11,99 € bei allen Buchhandlungen und Online-Buchshops erworben werden, falls jemand lieber ein Buch in der Hand halten möchte.

Absicht dieses Berichtes ist nicht nur, dieses Projekt nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, sondern Anstoß zu geben, über ein neues Projekt der Brüder- und Schwesternschaft nachzudenken. Deshalb heißt es in diesem Bericht abschließend:

„Zu keiner Zeit haben wir die Brüder- und Schwesternschaft des Rauhen Hauses so engagiert und lebendig erlebt, wie in den Jahren 2000 bis 2004. Natürlich kann keine Organisation ein so hohes Maß an Engagement ununterbrochen durchhalten. Doch es würde uns jetzt nach nahezu zwei Jahrzehnten gut anstehen, wieder gemeinsam über ein Projekt nachzudenken, welches uns so herausfordert. Es muss kein Projekt in irgendeiner Krisenregion dieser Welt und fern von Hamburg sein. Es könnte sich z.B. auch um ein Hilfsprojekt für Flüchtlinge in unserem Land, bei uns in Hamburg handeln. Um so etwas wirkungsvoll zu bewerkstelligen, sind nach unserer Erfahrung drei Faktoren wichtig: Das Projekt bedarf einer festen Verankerung im Bewusstsein der meisten Glieder unserer Brüder- und Schwesternschaft und ihrer Leitung, das Rauhe Haus als starke Einrichtung muss dahinterstehen und als großer Träger Risiken absichern. Außerdem bedarf es einiger Schwestern und Brüder, welche bereit sind, sich dafür persönlich bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit zu engagieren. Wir sind uns sicher: Das lässt sich bewältigen!“

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir im Info-Blatt oder auf unserer Homepage veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

**Beiträge und Anregungen bitte an
Klaus Herrmann,
E-Mail: kherrmann@kabelmail.de**

**Für unsere Treffen 2021
haben wir folgende Termine
jeweils montags von 16.30 bis 18.00 Uhr**

**12.07., 09.08., 13.09.,
11.10., 08.11.**

**Ob wir uns wieder nur über Skype austauschen
oder wieder persönlich treffen können,
und wo wir in diesem Fall tagen werden,
kann derzeit noch nicht gesagt werden
und wird kurzfristig im Internet bekannt gegeben**

**Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen
(Monatsspruch für Juni 2021 aus Apg. 5,29)**

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
30. Juni 2021